



EIN PROJEKT DER INITIATIVE LEIPZIG + KULTUR E. V.

Wissenschaftlicher Artikel

**»Konzertierte Wertschätzung statt prekärer Arbeitsbedingungen
Plädoyer für eine Kulturpolitik im Interesse von Künstlern«**

Wolfgang Schneider | Universität Hildesheim

Quellenangabe:

Wolfgang Schneider, »Konzertierte Wertschätzung statt prekärer Arbeitsbedingungen Plädoyer für eine Kulturpolitik im Interesse von Künstlern«, in: Wolfgang Schneider (Hg.), *Künstler. Ein Report. Portraits und Gespräche zur Kulturpolitik*, transcript Verlag Bielefeld, 2013 (S. 15-30)

Konzertierte Wertschätzung statt prekärer Arbeitsbedingungen!

Plädoyer für eine Kulturpolitik im Interesse von Künstlern

WOLFGANG SCHNEIDER

Kunst und Kultur werden von kreativen Menschen gestaltet, die einen großen Teil ihrer Lebenszeit dem künstlerischen Schaffen widmen. Mit ihren Angeboten zur gesellschaftlichen Selbstvergewisserung agieren Künstler in einem komplexen Handlungsrahmen zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Ihre Arbeiten sind nicht allein nach den Maßgaben von Effizienz, Produktion und Einschaltquoten zu bewerten. Aus diesem strukturellen Nachteil ergibt sich die Notwendigkeit staatlicher Verantwortung. „Kultur in einer demokratischen Gesellschaft“, so heißt es in der Präambel zum Bericht der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages von 2007, „benötigt Freiräume für das Unverfügbare, das weder ökonomisch noch politisch Nutzbar – um der Künstler willen, aber auch um ihrer selbst willen.“ (Deutscher Bundestag 2008: 43)

Um der Künstler willen, das sind etwa 1,5 Millionen, die in den 27 Ländern der Europäischen Union in den letzten Jahren als solche gearbeitet haben. Laut Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, vom 14. April 2011, sind das mehr als 300 000 aus Deutschland, immerhin gut ein Fünftel und rund ein Prozent der Gesamtbeschäftigten. Hinter den Zahlen verbergen sich Schriftsteller und die so genannten Kulturschaffenden, also „Autoren, Journalisten, Bildhauer, Maler, Komponisten, Musiker, Sänger, Choreografen, Tänzer, Schauspieler, Regisseure und andere ähnliche Künstler“. (Eurostat 2011)

Künstler-Report fff.

In den Jahren 1972 bis 1975 wurde in der alten Bundesrepublik Deutschland erstmalig ein Bericht mit Daten zur sozialen und wirtschaftlichen Lage von Künstlern und deren Stellung in der Gesellschaft erarbeitet. Der Künstlerbericht war die Grundlage für verschiedene Reformvorhaben, das Wichtigste war sicherlich das 1981 verabschiedete Künstlersozialversicherungsgesetz. Vielen Künstlern, die in der Künstlersozialkasse eine Kranken- und Alterssicherung als Versicherte gefunden haben, geht es seitdem besser, die meisten von ihnen sind aber nach wie vor in ihrer Existenz ungesichert. Sie sind zumeist hochflexibel, überdurchschnittlich gebildet, engagiert und kinderlos, organisieren sich zum großen Teil als selbstständige Kleinunternehmer – stehen aber finanziell miserabel da. Ihr Durchschnittseinkommen ist lächerlich gering, soziale Absicherung so gut wie nicht vorhanden, fast allen droht die Altersarmut. Wie viel erschreckende Wahrheit in der Redewendung von der brotlosen Kunst steckt, belegte 2010 der „Report Darstellende Künste“ über die wirtschaftliche, soziale und arbeitsrechtliche Lage der Theater- und Tanzschaffenden in Deutschland. Grundlage des vom Fonds Darstellende Künste herausgegebenen informativen Bandes sind nationale und internationale Studien, die Ergebnisse eines Symposiums, eine Fragebogenaktion und Interviews. Die bilden die ernüchternden Arbeits- und Lebensbedingungen deutscher Tanz- und Theaterkünstler schnörkellos ab. Trauriges Fazit: „Für die Mehrheit der Theater- und Tanzschaffenden hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage in den letzten Jahren deutlich verschlechtert.“ (Fonds Darstellende Künste 2010: 15)

Weil etwa 50 Prozent der darstellenden Künstler von ihrer Kunst allein nicht leben können, müssen sie mit anderen Berufen Geld verdienen. Sie versuchen sich notgedrungen im freien Unternehmertum als Selbstständige, sind auf besser verdienende Partner angewiesen oder bekommen noch lange von den Eltern etwas zugesteckt – sofern diese dazu in der Lage sind. Selbstmanagement gehört dazu, wenn man wie 62 Prozent der darstellenden Künstler in anderen Orten als dem Wohnort tätig ist (davon 47 Prozent im Ausland). Und wenn man, in Zeiten kommunaler Finanznot bedroht von Haushaltskürzungen oder Strukturreformen, jederzeit sozusagen von der Bühne gefegt werden kann. Wen wundert es da, dass 66 Prozent kinderlos sind. Das durchschnittliche Einkommen eines freien darstellenden Künstlers beträgt etwas mehr als 12 000 Euro – im Jahr, nicht im Monat. Damit

liegt es etwa 40 Prozent unter dem aller Arbeitnehmer in Deutschland, einschließlich geringfügig Beschäftigter. Aus der günstigen Künstlersozialkasse fallen viele heraus oder werden gar nicht erst aufgenommen, wenn sie zu wenig im rein künstlerischen Bereich verdienen. (Vgl. Zimmermann/Geißler 2010)

Die Studien sind empirischer Natur. Susanne Keuchel vom Zentrum für Kulturforschung listet die Arbeitssituationen auf, eine Untersuchung des Landesverbandes freier Theaterschaffender Berlin wertet die Lebensverhältnisse von Darstellenden Künstlern aus. Angeregt wird, wie man dem vorhandenen künstlerisch-kreativen Potential in der Gesellschaft langfristig Perspektiven geben kann:

„Zur Zeit werden nach den Ergebnissen der Studie viele künstlerische Produktionen in der freien Theater- und Tanzszene nur dadurch ermöglicht, dass Theater- und Tanzschaffende, die mehrheitlich über eine akademische Ausbildung verfügen, teilweise auf ihren Lohn beziehungsweise eine adäquate Bezahlung verzichten. Noch geben 50 Prozent der freien Theater- und Tanzschaffenden an, dass sie mit Blick auf die Experimentierfreudigkeit und künstlerischen Entfaltungsmöglichkeiten lieber in der freien Theater- und Tanzszene arbeiten als an kommunalen oder staatlichen Bühnen. Langfristig ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich die freien Theater- und Tanzschaffenden zur Sicherung des Lebensunterhalts und zu Gunsten einer größeren Planungssicherheit in anderen Arbeitsbranchen Beschäftigung suchen, wenn man hier nicht neue Perspektiven schafft. Ein Rückzug der freien Theater- und Tanzschaffenden in andere Arbeitsbereiche würde einhergehen mit einem deutlichen Verlust des künstlerisch-kreativen Potentials und vor allem einer Vielzahl an kulturellen Angeboten in unseren Städten. Angesichts eines solchen Szenarios steht die Frage im Raum: Wann hat die fehlende Wertschätzung von künstlerischer Innovation und Leistung Auswirkungen auf unsere Gesellschaft?“ (Ebd.: 192)

Cornelia Dümcke dokumentiert Ergebnisse einer Sichtung der Literatur zu den Darstellenden Künsten im Spiegel der Kultur und Kreativwirtschaftsberichte der Länder und Städte in Deutschland, das deutsche Zentrum des Internationalen Theaterinstituts recherchierte zum Status der Künstler im Bereich Darstellende Künste. Die Forschung zum Thema ist ergiebig. Zu verweisen wäre noch auf Carroll Haaks Abhandlung über die „Wirtschaftlichen und sozialen Risiken auf den Arbeitsmärkten von Künstlern“ (erschienen in Wiesbaden 2008), die in ihrer Dissertation aufzuzeigen versucht, dass ein Sondersystem innerhalb des bestehenden Sozialversiche-

nungssysteme wie das der Künstlersozialkasse für die soziale Absicherung im Alter unzureichend ist.

Auch die Expertise von Marlies Hummel über „Die wirtschaftliche und soziale Literatur bildender Künstlerinnen und Künstler“ im Auftrag des Bundesverbandes Bildender Künstler (erschienen in Königswinter 2008) und der Endbericht des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur „Zur sozialen Lage der Künstler und Künstlerinnen in Österreich“ (erschienen in Wien 2008) geben Auskunft über das Künstlerdasein. Gerade die Berufsgruppe der Kunstschaffenden zeichne sich vor allem durch Freiheit, Selbständigkeit und Individualität aus, so dass sich formale Gemeinsamkeiten nicht unbedingt unmittelbar herstellen lassen.

„Das professionelle künstlerische Tun ist beispielsweise von keiner bestimmten Ausbildung abhängig, wie das in anderen Berufsgruppen der Fall ist. Es ist ebenfalls an keine konkrete Organisation gebunden und findet auch nicht in bestimmten Beschäftigungssituationen statt; darüber hinaus stellen sich auch die Rahmenbedingungen künstlerischen Arbeitens (was beispielsweise die Produktions- und Distributionsmethoden betrifft) in den verschiedenen Kunstsparten sehr unterschiedlich dar, was die Erfassung der Kulturschaffenden als eine soziale Gruppe zu einem herausfordernden Unterfangen macht“, stellt der Endbericht „Zur Lage der Künstler und Künstlerinnen in Österreich“ fest. (Schelepa/Wetzel/Wohlfahrt: 165)

Ein alternatives Modell wird in diesem Zusammenhang immer wieder einmal auf die Agenda gesetzt, die Idee vom bedingungslosen Grundeinkommen. Als Gestaltungsmittel einer Gesellschaft soll eine Basis für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit geschaffen werden, das wiederum Kreativität und Leistungsfähigkeit ermögliche. Götz W. Werner und Adrienne Goehler knüpfen dabei an die humanistischen Ideale der Aufklärung an und sehen in der Finanzkrise die Chance gegenzusteuern, um auch die Künstler vom ökonomischen Druck zu befreien, Leuchtturm oder Event sein oder gar der Kulturwirtschaft und dem Tourismusmarketing dienen zu müssen.

„Im Kulturbetrieb wird nicht gekündigt, der Prozess des Arbeitsverlusts ist ein unauffälliger: Man wird einfach nicht mehr beauftragt, Projekte laufen aus, statt Sextetten werden nur noch Terzette gebucht, aus öffentlichen Mitteln wird keine Kunst mehr angekauft etc. Kunstschaffende erhöhen also die Arbeitslosenstatistik nicht sichtbar [...] und sind deshalb nicht wahlrelevant.“ (Fonds Darstellende Künste 2010: 338)

Kulturpolitik für Künstler?

Wenn schon die Künstler im Mittelpunkt einiger Untersuchungen zu ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage stehen, muss auch die Frage konsequent folgen: Und wie hält es die Politik mit denen, die ihre Kreativität im Staate wirken lassen? In Deutschland sind es neben den Kommunen vor allem die Länder, die politische Verantwortung tragen, wenn es um die Belange der Kunst geht. Sie sind es, denen die sogenannte Kulturhoheit eine Gestaltungsaufgabe im politischen Mehrebenensystem zukommen lässt. Nehmen sie ihren Auftrag wahr, formulieren sie eine Kulturpolitik für Künstler? Ein Blick in die Koalitionsvereinbarungen und Regierungsprogramme in den sechzehn Ländern ist eher ernüchternd.

Auf zweieinhalb Seiten (von insgesamt 88) vereinbaren Grüne und SPD unter der Überschrift „Starkes Kulturland Baden-Württemberg“ für die Zeit von 2011 bis 2015 das Bestehende zu bewahren, zukünftig aber „mehr künstlerische Freiräume“ zu gewähren, „um den Weg für neues und für experimentelle Kultur zu ebnen“. Künstler kommen in diesem Zusammenhang nicht explizit vor, auch Künstlerförderung steht nicht ausdrücklich auf der Agenda in Stuttgart, von einer Kulturpolitik für Künstler ist nicht die Rede. Nur im Absatz „Schwerpunkt kulturelle Bildung“ finden sie Erwähnung: „Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Kultureinrichtungen aller Sparten wie auch Künstlerinnen und Künstler soll durch gezielte Programme gefördert werden.“

Knapp zwei Seiten formulieren SPD und Grüne im 102 Seiten umfassenden Mainzer Koalitionsvertrag zum Thema „Kulturelles Erbe erhalten – kulturelle Vielfalt fördern“. Teilhabe wird postuliert, Projekte werden propagiert, „jedem Kind seine Kunst“ versprochen. Im zwölften Absatz heißt es dann: „Wir wollen junge Künstlerinnen und Künstler ein attraktives Umfeld für ihre Arbeit bieten und sie verstärkt fördern. Junge Kunst soll zu einem festen, mit Rheinland Pfalz verbundenen Begriff werden.“

„Kulturmetropole Hamburg“ lautet ein Kapitel im SPD Regierungsprogramm für die Freie und Hansestadt 2011 (bis 2015). Gleich zu Beginn heißt es: „Wir wollen den Dialog mit den Kulturschaffenden fördern. Wir wertschätzen sie für die Bedeutung für die Stadt und begrüßen es ausdrücklich, wenn Künstler Konflikte, Brüche, Kritik thematisieren, formulieren und auf den Punkt bringen.“ Die Sozialdemokraten wollen dafür sorgen, dass Hamburger Künstler „international sichtbar werden, indem wir dafür

(Ausstellungs-)räume und Präsentationsmöglichkeiten schaffen und fördern“.

Weder in den Koalitionsvereinbarungen 2011 bis 2016 zwischen SPD und CDU für die Bildung einer Regierung in Mecklenburg Vorpommern, noch im Koalitionsvertrag (2012-2017) zwischen CDU und SPD für die 15. Legislaturperiode des Landtages des Saarlandes kommen Künstler weder als Subjekte noch als Objekte vor. Auch beim Koalitionsabkommen zwischen CDU und FDP in Niedersachsen von 2009 kommt die Suchmaschine zu dem Ergebnis: „Dokument wurde durchsucht. Keine Treffer“. Das gilt interessanterweise auch für den Vertrag über die Bildung der Staatsregierung zwischen CDU und FDP im Freistaat Sachsen von 2010, da es dort mit dem Kulturraumgesetz ein Deutschlandweit ein einzigartiges Instrument der Kulturförderung gibt, das durchaus Künstler als Adressaten zu fokussieren weiß. Künstler sucht man auch vergebens in der Vereinbarung zwischen CDU und SPD in Sachsen-Anhalt für die 6. Legislaturperiode des Landtags 2011 bis 2016. Immerhin wird unter der Überschrift „Kulturpolitisches Engagement auf Bundesebene“ die Übereinstimmung mit den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ dokumentiert, in denen dezidiert Aussagen zur Künstlerförderung formuliert sind. Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung in Magdeburg, die Initiative Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern „und die Künstlersozialversicherung als wichtiges Element der sozialen und kulturellen Künstlerförderung zu stärken“.

Ganz ähnlich argumentieren CDU und SPD in der Vereinbarung „Starkes Thüringen – innovativ, nachhaltig, sozial und weltoffen“ (2009-2013): „Die Koalitionspartner unterstützen Bestrebungen Kultur als Staatsziel zu verankern und schließen sich damit dem Empfehlung der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ an. Weiterhin setzen sie sich dafür ein, dass die Künstlersozialkasse als unverzichtbarer Beitrag zur sozialen Sicherung der Künstlerinnen und Künstler erhalten bleibt.“ Des Weiteren argumentiert die Große Koalition mit der Bedeutung von Kultur für den Wirtschaftsstandort und als Tourismusziel. Ein Kulturwirtschaftsbericht soll in diesem Sinne fortgeschrieben und im Rahmen einer Potenzialanalyse „die soziale Lage der Kulturschaffenden untersucht“ werden.

In Brandenburg soll die Kulturentwicklungskonzeption des Landes mittels der Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition von SPD und Linke (2009-2014) weiterentwickelt werden; denn Kulturpo-

litik sei „auch Quelle wirtschaftlicher Wertschöpfung“. In unmittelbarer Nachbarschaft vereinbarten SPD und CDU eine Koalition von 2011 bis 2016 und überschreiben das neunte Kapitel mit „Kreatives Berlin: Kultur, Medien und digitale Gesellschaft“. Die Hauptstadt versteht sich als Magnet für Kreative aus aller Welt. „Der anhaltende Zuzug von Kunstschaaffenden und Kreativen hat Berlin zu einem national und international ausstrahlenden Anziehungspunkt für Künstlerinnen und Künstler gemacht.“

In der Koalitionsvereinbarung 2008 bis 2013 zwischen CSU und FDP für die 16. Wahlperiode des bayerischen Landtags wird der Verfassungsrang von Kunstförderung dem Kapitel Kultur vorangestellt. Unter den Leitlinien von Regionalität und Dezentralität soll ein attraktives Kulturangebot im ganzen Lande unter anderem durch eine „Plattform zur Präsentation bayerischer Künstler“ sichergestellt werden.

Nordrhein-Westfalen begründet seine Internationalität mit der kulturellen Vielfalt des Landes. „Unsere Künstlerinnen, Künstler und Kultureinrichtungen genießen weltweit hohe Wertschätzung. Sie sind damit zu wichtigen Kulturbotschaftern unseres Landes geworden“, heißt es auf Seite 111 des Koalitionsvertrages von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (2012 bis 2017). Erarbeitet werden soll ein Kulturfördergesetz, in der die Künstler selbstverständlich Berücksichtigung finden sollen:

„Nur eine Minderheit der Künstlerinnen und Künstler kann allein von ihrer kulturellen Tätigkeit leben. Deshalb hat der Staat eine besondere Verantwortung für deren soziale Absicherung. Wir werden deshalb weitere Maßnahmen zur individuellen Künstlerförderung prüfen und eine Bündelung dieser Maßnahmen organisieren.“

Das Land Bremen sei „ohne seine Künstlerinnen und Künstler nicht denkbar“, so der zweite Satz im Kapitel Kultur der Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer rot-grünen Regierungskoalition für die 18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 bis 2015. Es gälte, sich den gesellschaftlichen Veränderungen zu stellen, um mit den Kulturschaaffenden neue Wege zu beschreiten.

„Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass gerade die Kunst einen Eigenwert besitzt, der sich jeglicher Messbarkeit entzieht. [...] daraus leiten wir den politischen Auftrag ab, gemeinsam mit den vielen Akteurinnen und Akteuren in diesem Bereich für den Erhalt und die Weiterentwicklung des kulturellen Lebens in Bremen und Bremerhaven zu streiten.“ (S. 87)

Wie in den meisten der Koalitionsverträgen wird der Kulturellen Bildung besondere Aufmerksamkeit gezollt. In Bremen mit einem interessanten Akzent: „Wir erwarten von den Schulen, dass sie zusätzlich zu den Fachlehrerinnen und Fachlehrern die Fähigkeiten und Angebote von Künstlerinnen und Künstlern in ihren Ganztagsbetrieb integrieren.“ Modellprojekte sollen vorangetrieben, Patenschaften zwischen Künstlern und Kreativen sowie öffentlichen Kultureinrichtungen mit Kindergärten, Schulen und Jugendeinrichtungen unterstützt werden.

Bleibt noch ein Blick in die Wiesbadener Koalitionsvereinbarung „Vertrauen, Freiheit, Fortschritt. Hessen startet ins nächste Jahrzehnt“ von CDU und FDP 2009 bis 2014. Nur einmal kommen sie vor, die Künstler, unter Punkt 13 im Kapitel Integration: „Wir werden dafür Sorge tragen, dass beispielsweise ausländischen Unternehmen, erfolgreiche Wissenschaftler, Studenten, Künstler und Sportler mit Migrationshintergrund für ihre Leistungen öffentliche Anerkennung erfahren, und bewusst ihre Vorbildfunktion herausstellen.“

Noch immer nicht werden Künstler als relevante Ansprechpartner der Politik angenommen. Künstler werden allzu selten als wichtige Akteure der Gesellschaft anerkannt, Künstler spielen in der Politik nicht die Rolle, die ihnen gelegentlich bei anderen Anlässen gerne bekundet wird, wenn zum Beispiel Konzerthäuser in Betrieb gehen, Theater Jubiläen feiern oder Ausstellungen in Museen mit einer Vernissage eröffnet werden. So ist es zumindest in den Koalitionsverträgen nachzulesen, mal mehr, mal weniger. Die Nagelprobe ist und bleibt aber die Praxis der Kulturpolitik und da hat die parlamentarische Demokratie noch reichlich Nachholbedarf.

Zu all den Befunden – ob nun die der zahlreichen empirischen Ergebnissen aus den Studien oder die der politischen Lyrik aus den Regierungsprogrammen und Koalitionsvereinbarungen in den Ländern –, fügen sich die Porträts und Gespräche mit Künstlern, die in dieser Publikation dokumentiert sind. Sie geben nicht nur Auskunft über künstlerische Interessen und biografische Entwicklungen, sie pointieren auch konkrete kulturpolitische Aussagen. Aus der Analyse ergeben sich sieben Überlegungen für eine Kulturpolitik, die Künstler gesellschaftlich ernst nimmt, indem sie Rahmenbedingungen für Arbeitsbedingungen ermöglicht.

Erstens: Kulturelle Vielfalt schützen!

Die meisten der befragten Künstler setzen sich mit dem Arbeitsmarkt auseinander, kritisieren den Druck des Marktes und die Ökonomisierung der Kultur. Eine Filmregisseurin plädiert angesichts der Frage, ob der Markt den gefühlten Überschuss an Filmemachern nicht selbst regulieren könne, für eine Art „Schutzprogramm für experimentellen, innovativen und künstlerisch wertvollen Film“. Dieser habe seine Berechtigung und sei sehr wichtig, weil er wiederum den kommerziellen Film beeinflusse und neue Impulse setze. Immer wieder wird auf den Auftrag der Kulturpolitik verwiesen, für kulturelle Vielfalt Rahmenbedingungen zu schaffen und die viel beschworenen Freiräume tatsächlich auch zu ermöglichen. Man müsste zudem Auftrittsorte haben, bei denen man die Zusammenarbeit der verschiedenen Künste unterstützt, schlägt eine Schriftstellerin vor. Es geht in der ganzen Gesellschaft, in der ganzen Welt, immer um Vernetzung, aber wenn Künstler das versuchen, erreicht sie die auf Sparten eingeeengte Förderung nicht. Und die Raster sind oft sehr eng und starr.

Zweitens: Kunst ist Kulturelle Bildung!

Gefragt nach dem Bildungsauftrag seiner Arbeit hebt ein Musiker die Bedeutung seiner Lehrtätigkeit besonders hervor. Die Vermittlung von Musik durch Kulturelle Bildung sei für ihn sogar der wichtigste Teil. Weiter bestätigt er, dass dies auch von den Künstlern in der Gesellschaft erwartet werde. Viele Künstler betonen selbstbewusst, dass sie zur Kulturellen Bildung beitragen, indem sie mit ihren Kunstwerken auch eine Wahrnehmungsschulung implizieren. Bibliotheken sind wichtig, sagt eine Schriftstellerin. Viele Schulbibliotheken würden zum Beispiel für Schreibwerkstätten gerne Autoren einladen. Doch das geht häufig nicht, da die Eltern das Geld nicht aufbringen können. Es hat nicht jede Schule einen reichen Elternverein. Die Politik klagt sehr darüber, dass Kinder und Jugendliche ungebildet sind, schlecht lesen und sprachlich zu wenig ausgebildet sind, aber sie unterstützen viel zu wenig direkt an dieser Stelle, weil das nicht mit marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert werden kann. Es gibt bestimmte Bevölkerungsgruppen, die müssen gefördert werden, dazu gehören Kinder und Jugendliche.

Drittens: Kultur braucht Förderung!

Künstler profitieren von der direkten Künstlerförderung. Aber Preise, Stipendien und Projektaufträge gehen oft an der Lebenswirklichkeit vorbei. Viele Befragte plädieren für eine Überprüfung des kulturpolitischen Instrumentariums, einige fordern eine konzertierte Aktion der diversen Förderer in Stadt und Land, öffentlicher und privater Einrichtungen und des Bundes. „Viele Förderungen unterliegen einer Altersbeschränkung, das finde ich schwierig. Ich habe schon ein Dutzend Bücher veröffentlicht, ich bin nicht mehr unter 35 Jahren, ich bin keine Anfängerin und trotzdem kann ich ab und zu mal eine Förderung gebrauchen. Wenn ich alle zwei Jahre ein Stipendium hätte, dann könnten auch größere Projekte entstehen. Ganz ohne Förderung ist es sehr schwierig. [...] es wäre ganz gut, wenn es viel mehr Förderung für kürzere Zeiträume geben würde, mit entsprechend höheren Summen. Dass man wirklich drei Monate mal alles ausschalten und einfach schreiben kann.“ Und: „Das eigentliche Problem ist die Ungleichgewichtigkeit: Frauen haben meistens einen ganz anderen Lebenslauf als Männer, selbst wenn er nicht so unordentlich ist wie meiner. Frauen kriegen ja meistens Kinder um die 30 und haben dann erst einmal mit denen zu tun. Viele Stipendien, Förderprogramme und Ausschreibungen richten sich aber nur an Künstlerinnen bis 35. Ich finde, dass die Lebensläufe stärker in Betracht gezogen werden sollten.“

Viertens: Wider die Bürokratie der Künstlerförderung!

Die Klage ist groß, denn der Förderdschungel sei intransparent. Und es brauche zu viel Zeit, um Mittel zu beantragen, um Mittel zu bekommen, um Mittel abzurechnen. Eine Bildende Künstlerin nennt die am häufigsten genannten Faktoren, die Verbesserung bedürfen: bessere Ausstellungsmöglichkeiten und bezahlbare Atelierräume, vor allem Beratungsstellen, die internationale Ausschreibungen und Preise transparent für Künstler aufbereiten. Das Modell von Künstler-Agenturen, die Mittlerorganisation sein könnten zwischen Kulturpolitik und Kulturschaffenden, taucht in diesem Zusammenhang auch schon einmal auf.

Fünftens: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen Kulturauftrag!

„Die Medien verheimlichen gute Musik. Es zählt nur, sagt der Musiker, was eingängig ist, damit der Verbraucher nicht viel nachdenken muss. Die Medien entziehen sich dem kulturellen Auftrag, den sie meiner Meinung nach haben. Ich würde mir wünschen, dass Medien ihren Kulturauftrag ernster nehmen.“ Auch dieses Thema beschäftigt viele der befristeten Künstler, nicht nur die Filmemacher, aber insbesondere die: „In der Filmförderung sind wir eigentlich gut aufgestellt“, sagt der Filmregisseur, „nur beim Fernsehen treten wir seit Jahren auf der Stelle.“ Denn im öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt der Dokumentarfilm zu kurz. Für die wenigen verfügbaren Sendeplätze gibt es tendenziell immer weniger Geld. Die Honorierung im Dokumentarfilmbereich liegt weit unter allen anderen Urheber-Vergütungen, die im Rundfunk gezahlt werden. In den letzten zwanzig Jahren, in denen die Gagen zum Beispiel für Produktionsleitung oder Kamera um mehr als 200 Prozent gestiegen sind, blieb die Steigerung für Dokumentarfilmautoren und Regisseure einstellig. Von den Produktionsbudgets ganz zu schweigen. „Im Blick auf die Bezahlung bilden wir unter allen Kreativen des Mediensektors das Schlusslicht. Selbst der Wetterbericht ist teurer als ein Dokumentarfilm.“

Sechstens: Die Künstlersozialkasse und die Bundesagentur für Arbeit sind reformbedürftig!

Die Gesellschaft entwickelt sich, die Kunst und die Künstler selbstverständlich auch. Aber kommt denn auch die Kulturpolitik nach? Immer wieder benennen die befragten Künstler auch Reformbedarfe bei der Künstlersozialversicherung. „Ich finde es schwierig zu definieren, wer Künstler ist. Die KSK macht das ja knallhart. Autorentätigkeit, Kamera und Regie sind künstlerisch. Aber Cutter, also Leute, die Filme schneiden, sind zum Beispiel nicht als Künstler bei der KSK anerkannt, obwohl diese genauso eine künstlerische Arbeit machen, wie die hinter der Kamera“, sagt der Filmmacher. Was die KSK wirklich für Künstler bedeutet, das wurde dem Dramatiker erst klar, als es zu Diskussionen über eine etwaige Abschaffung kam. „Es wäre ein absoluter Horror, wenn es die KSK nicht mehr gäbe.“ Sie sei für „freiberufliche Arbeit extrem wichtig. Sie muss aber auch mit

der Zeit gehen.“ Dies gelte selbstverständlich auch für die Arbeitsvermittlung. „Die Mitarbeiter bei der Bundesagentur für Arbeit sagen einem auch ganz ehrlich, dass man dort durchs Raster fällt, weil die mir natürlich weder als Regisseurin, noch als Autorin einen Job vermitteln können, wie sollen sie auch? Theater suchen ihre Regisseure nicht beim Arbeitsamt. Für mich konnten die gar nichts tun, aber ich musste trotzdem immer da sein. Selbst wenn man das anfechtet mit der Begründung, einen Beruf zu haben, in dem man viel verreist, um Kontakte zu verschiedenen Leuten und Einrichtungen zu knüpfen, wird man als Arbeitssuchender eingestuft und als Arbeitssuchender, der Geld bekommen möchte, muss man zu Hause sein, allzeit bereit loszurrennen, falls sich ein Job ergeben soll.“

Siebtens: Grundsicherung der Kultur. Grundeinkommen der Künstler!

„Warum werden Künstler nicht bezahlt?“, fragt ein Filmregisseur. „Ich halte ein Grundgehalt für Künstler dringend für angebracht. Natürlich muss man prüfen, wer das bekommt und was er dafür tut. Aber die Deutschen lieben ihre Künstler nicht. Ein Künstler in Frankreich ist was ganz anderes als in Deutschland. Irgendwie ist das seltsame Vorurteil verbreitet, dass Künstler faul sind oder zu viel Geld bekommen.“ Und noch grundsätzlicher plädiert ein Schriftsteller: Als wesentliche Aufgabe der Kulturpolitik sei es, die Wichtigkeit von Kunst und Kultur noch entschiedener zu unterstreichen. Die Gesellschaft brauche einen Ausgleich zum Wirtschaftsstreben und Konkurrenzdruck. „Wir müssen begreifen, dass Kultur nicht nur ein Luxus, sondern als Gegenangebot eine existenzielle Notwendigkeit ist, dass der Mensch mehr ist, als dieses zu verwertende Wesen.“ Seiner Meinung nach haben das Kulturelle und das Soziale viele Verbindungen. „Eine soziale Kultur kann nur entstehen, wenn es auch eine ästhetische Kultur gibt und umgekehrt.“

Es ist gut, Künstler zu Wort kommen zu lassen, es ist gut, Auftrag und Wirklichkeit von Kulturpolitik am lebenden Corpus zu obduzieren, nicht alles ist gut, was gefordert wird – auch das muss gesagt werden. Politik ist kein Selbstbedienungsladen und Künstler müssen nicht von der Wiege bis zur Bahre gefördert werden. Aber es muss Konsens sein, dass nicht nur Armes Großes gebiert, es gibt eine soziale Verantwortung des Kulturstaates, es gibt eine Verpflichtung der sozialen Marktwirtschaft, nicht alles dem

Diktat der Ökonomie zu unterwerfen. Kunst kostet und Künstlerarbeit sollte uns kostbar sein. Ohne dass mit Umwegrentabilitäten argumentiert werden muss, ohne die Kultur- und Kreativwirtschaft zum neuen Götzen einer Kulturpolitik zu machen.

Künstlerförderung, ein Auftrag der Kulturpolitik

Ob die Stellungnahmen der Künstler nun repräsentativ sind oder nicht, ob sie Altbekanntes wiederholen oder Egoismen befriedigen wollen, deutlich geworden ist, die Stimmen der Künstler sollten der Gesellschaft wichtig sein. Insofern möchte ich abschließend die gefilterten sieben Forderungen an die Kulturpolitik pointieren.

Kulturpolitische Konsequenz sollte sein, die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Künstlern in Deutschland zu reformieren; Defizite im Kulturmanagement, Stärkung der Kulturvermittlung und Initiierung von kulturpolitischem Engagement seien als Leitlinien genannt. Kulturpolitische Konsequenz sollte aber auch sein, Kulturpolitik mehr konzeptionell zu denken, sozial- und bildungspolitisch zu vernetzen und von der Realität des Künstlerlebens auszugehen. Kulturpolitisch konsequent wäre zudem, eine Art Künstlerverträglichkeitsklausel bei allen gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Entscheidungen mitzudenken.

Wenn sie uns so viel Wert sein sollen, die Künstler in Deutschland, wie es in den Sonntagsreden gelegentlich zu hören ist, dann muss dies auch im Alltagshandeln gefühlt werden dürfen. Es braucht eine Kulturpolitik, die Kunst ermöglicht, verteidigt und mitgestaltet, die daraus abgeleitet den gesellschaftspolitischen Auftrag hat, Künstler nicht ihren prekären Arbeits- und Lebensbedingungen zu überlassen, sondern eine konzertierte Wertschätzung durch soziale und wirtschaftliche Absicherung zu garantieren.

Deutscher Bundestag (Hg.) (2008): Kultur in Deutschland. Schlussbericht der Enquete-Kommission, Regensburg.

Eurostat (Hg.) (2011): Kultur in der EU 27. Kulturstatistiken im Rampenlicht, Pressemitteilung 55, Brüssel.

Fonds Darstellende Künste (Hg.) (2010): Report Darstellende Künste. Wirtschaftliche, soziale und arbeitsrechtliche Lage der Theater- und Tanzschaffenden in Deutschland, Essen.

Schelepa, Susanne / Wetzel, Petra / Wohlfahrt, Gerhard u. a. (2008): Zur sozialen Lage der Künstler und Künstlerinnen in Österreich. Endbericht, Wien.

Zimmermann, Olaf / Geißler, Theo (Hg.) (2010): „Künstlerleben: Zwischen Hype und Havarie“, in: Politik und Kultur, H. 6, 2010, Berlin.